

Kapitel 2

Vereine als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung

Als Jörg Siewert im Jahr 1984 den Verein als „Stiefkind der deutschen Soziologie“ bezeichnete, beschrieb er damit treffend den damaligen Stand der sozialwissenschaftlichen Vereinsforschung (Siewert 1984: 153)¹. Ein gutes Jahrzehnt später konstatierte Annette Zimmer eine „Renaissance des Vereinswesens“ (1996: 11). Diese Renaissance spiegelt sich auch in der Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen wider, die sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit Vereinen und Verbänden befassen. Für diesen Anstieg der Literatur zu Vereinen lassen sich drei Gründe anführen:

- Erstens ließ sich in den vergangenen Jahrzehnten ein Bedeutungszuwachs verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppierungen beobachten, die teils als NGO (non-governmental organizations), NPO (non-profit organizations) oder Neue Soziale Bewegungen bezeichnet wurden und werden. Gleichwohl entsprechen diese Organisationen klassischen Vereinen, auch wenn sie vornehmlich auf nationaler oder internationaler Bühne agieren und nicht wie die Mehrheit der Vereine im lokalen Kontext. Dieser „Boom des Vereinswesens“ zog eine entsprechende sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit nach sich (Zimmer 2007: 14). Vereine rückten in diesem Zuge wieder stärker in das Blickfeld verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen.
- Der zweite Grund für die stärkere Präsenz der Vereine in wissenschaftlichen Publikationen ist kultureller Art und wird bei einem Vergleich angelsächsischer und kontinentaleuropäischer Grundannahmen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Bürgerschaft und Staat deutlich. Grob zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die kontinentaleuropäische Sozialwissenschaft vor dem Hintergrund etatistischer Grundannahmen lange Zeit von einer Sonderrolle des Staates ausging und die Vereine, besonders deren Dachverbände, meist auf ihre Funktion als staatlich geprägte Implementations- und Steuerungsressourcen reduzierte

¹ Wobei der Terminus „Vereinsforschung“ mit Vorsicht zu genießen ist, da Vereine Gegenstand verschiedenster Wissenschaftsdisziplinen sind. Je nach Disziplin und Fragestellung findet Vereinsforschung unter sehr verschiedenen Bezeichnungen statt; Dritte-Sektor-Forschung, Zivilgesellschaft oder Sozialkapital sind nur einige Schlagworte, unter denen Forschung zu Vereinen oft firmiert.

(Zimmer und Speth 2009: 274). Die institutionalisierte Kooperation zwischen einem aktiven Staat auf der einen und starken Interessenverbänden auf der anderen Seite ist der Kern der These der korporatistischen Interessenvermittlung (Lehmbruch und Schmitter 1982, Armingeon 2003).

Im angelsächsischen Raum wird eine starke Bürgerschaft dagegen als wichtiges und unabhängiges Korrektiv staatlicher Machtansprüche betrachtet und den Vereinen somit „nicht nur eine Mittlerfunktion, sondern auch eine Eigenexistenz zugebilligt“ (Zimmer und Speth 2009: 275). Tocqueville schreibt explizit, dass die Regierung zwar an die Stelle der größten Vereine treten könne, damit aber noch lange nicht die politische Macht einer Vielzahl an kleinen Projekten erreichte, die die Bürger tagtäglich in Form ihrer Vereinstätigkeit forcierten. Zudem verlören die Bürger einer Demokratie Moral, Verstand und Eifer, nähme die Regierung die Stelle der Vereine ein (Tocqueville 1835: 597 f.). Diese Ansicht manifestierte sich später in der Gruppentheorie der Politik, wonach eine Vielzahl organisierter Interessen Einfluss auf die Politik nehmen (Armingeon 2003: 466). Da sich nach Annahme der Gruppentheorie jedes Interesse organisieren kann, ist eine institutionalisierte Kooperation zwischen Staat und organisierten Dachverbänden nicht notwendig.

Im Zuge der Regionalisierung und Globalisierung haben nationalstaatliche Akteure an Bedeutung verloren und damit auch die staatliche Koordinierung nationaler Interessenverbände. Des Weiteren rückte die in der Grundannahme pluralistischer Theorien verankerte Bedeutung kleiner und lokaler Vereine bei der Förderung demokratierelevanter Einstellungen und Verhaltensweisen wieder in den Fokus sozialwissenschaftlicher Forschung (Zimmer und Speth 2009: 275).

- Drittens schließlich ist das wieder erstarkte Interesse an Vereinen auf die Popularität des Sozialkapitalkonzepts seit Beginn der 1990er Jahre zurückzuführen. Auf Grundlage der Arbeiten von Bourdieu (1983) und Coleman (1988) ist Sozialkapital besonders im Anschluss an die Arbeit Putnams (1993) zu einem der bedeutendsten Konzepte in der sozialwissenschaftlichen Forschung avanciert (Beugelsdijk und Van Schaik 2005a: 1054, Franzen und Freitag 2007: 9). Am einfachsten lässt sich Sozialkapital als der Wert definieren, der Beziehungen zwischen Menschen innewohnt (in Anlehnung an Coleman 1991: 392). Der Wert dieser Beziehungen manifestiert sich in formellen und informellen Netzwerken und den daraus resultierenden Reziprozitätsnormen sowie zwischenmenschlichem Vertrauen (Putnam 2000: 19). Da die Mitgliedschaft und das Engagement in zivilgesellschaftlichen Netzwerken als wichtigste Komponenten sozialen Kapitals gelten (Offe und Fuchs 2001: 419), wurde Vereinen und ihren demokratiestützenden und sozialintegrativen Wirkungen erhöhte sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil.

Angesichts der seit 20 Jahren weit in den Sozialwissenschaften verbreiteten Thematisierung zivilgesellschaftlicher Netzwerke reiht sich die vorliegende Arbeit in eine Vielzahl vorangegangener Studien ein. Die in diesem Rahmen erschienenen Publikationen stellen eine wesentliche Grundlage für die hier dargelegten theoretischen Zusammenhänge und Hypothesen dar. Gleichwohl soll die vorliegende Arbeit über die Zusammenfassung bereits publizierter Forschungsergebnisse hinausgehen

und einen eigenen Beitrag zur wissenschaftlichen Erforschung des schweizerischen Vereinswesens im Speziellen und der gesellschaftlichen wie politischen Wirkungen lokaler Vereine im Allgemeinen leisten.

Deshalb wird im Folgenden der Forschungsstand zum Thema Vereine dargelegt, um die Grundlagen dieser Arbeit zu erläutern, Lücken aufzuzeigen und somit die wissenschaftliche Relevanz der vorliegenden Dissertation deutlich zu machen. Der Übersichtlichkeit wegen gliedert sich die Wiedergabe des Forschungsstands in drei Abschnitte. Zunächst werden mit Tocqueville und Weber zwei „Klassiker“ der Vereinsforschung vorgestellt, die grundlegend waren für das Sozialkapitalkonzept einerseits und die deutschsprachige Vereinsforschung andererseits. Danach folgt in Abschnitt 2.2 eine Übersicht über die wichtigen Verbändetheorien des 20. Jahrhunderts, die ihrerseits prägend waren für den wissenschaftlichen Fokus, mit dem Vereine betrachtet wurden. Den größten Teil nimmt die Vorstellung der Vereinsforschung im Rahmen des Sozialkapitalkonzepts in Abschnitt 2.3 ein. Zum Abschluss geht Abschnitt 2.4 auf die bisher durchgeführten Vereinsbefragungen, vornehmlich im deutschsprachigen Raum, ein.

2.1 Klassiker der Vereinsforschung: Tocqueville und Weber

„When Americans have a feeling or idea they wish to bring to the world's attention, they will immediately seek out others who share that feeling or idea and, if successful in finding them, join forces. From that point on, they cease to be isolated individuals and become a power to be reckoned with, whose actions serve as an example; a power that speaks, and to which people listen.“

Alexis de Tocqueville (1835: 598 f.)

Im Jahr 1831 bereist der französische Adlige Alexis de Tocqueville die Vereinigten Staaten von Amerika und untersucht die dort ein knappes halbes Jahrhundert zuvor gegründete Demokratie. Vor dem Hintergrund der französischen Revolution und den darauf folgenden instabilen politischen Verhältnissen ergründet Tocqueville die Prinzipien und Funktionsweise des amerikanischen Systems des *local self-government* und die Bedingungen, unter denen die amerikanischen Bürger ihre Freiheit erhalten und sich gegen eine Tyrannei der Mehrheit schützen. Tocqueville spürt den Einstellungen und Haltungen nach, die die Verbindung von Individualismus und Gemeinwohlorientierung ermöglichen. Dabei spielen die Vereine seiner Ansicht nach eine gewichtige Rolle. Tocqueville betrachtet die Vielzahl an Vereinen, die sich den unterschiedlichsten Zwecken widmen, als wesentliches Element der amerikanischen Gesellschaft, das den Bürgern Kooperation zum Nutzen aller ermöglicht. Die Vereine wirken dabei in zweierlei Hinsicht als Stützen der liberalen Demokratie (Putnam 2000: 338):

Erstens, indem sie Bürgern ermöglichen, ihre Interessen zu bündeln und sich so Gehör zu verschaffen. Dies ist deshalb so wichtig, weil die Bürger in einer Demokratie gleiche Rechte haben. Genau deshalb ist der einzelne Bürger als Individuum

aber schwach. Im Gegensatz zur Aristokratie ist kein Bürger mächtig genug, um ein großes Projekt allein zu bewerkstelligen. Deshalb sind die Bürger in Amerika auf die freiwillige Zusammenarbeit mit ihren Mitbürgern angewiesen (Tocqueville 1835: 596). Gleichzeitig schwächt die aus der Verschiedenheit der Menschen und ihrer jeweils eigenen Meinung erwachsende Vielfalt der Vereine die Dominanz der Mehrheit ab. Wird eine Meinung durch die Gründung eines Vereins zu einer größeren Bewegung, wird sich bald ein Verein mit entgegengesetzten Zielen gründen und damit einen Ausgleich schaffen (Zimmer 2007: 68). Diese Überlegungen bilden die Grundlage der Gruppentheorie der Politik, die in Abschnitt 2.2 näher beschrieben wird.

Zweitens haben die Vereine auch einen großen Einfluss auf ihre Mitglieder, indem sie Kooperationsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung fördern und wichtige Knotenpunkte für Informationen sind. In aristokratischen Gesellschaften können höher gestellte, adlige Personen neue Ideen aufgrund ihrer Position leicht verbreiten; in einer Demokratie könnte nur eine Regierung solchen Einfluss ausüben. Gleichwohl würde dies zwangsläufig diktatorische Ausmaße annehmen, so Tocqueville (1835: 598), da die Regierung zwar strenge Regeln vorschreiben, aber niemals für einen kreativen Fluss neuer und verschiedener Ideen sorgen kann. Tocqueville schlussfolgert, dass die Wissenschaft der Vereine in Demokratien die „Mutter aller Wissenschaften“ ist, da in Gesellschaften mit gleichberechtigten Bürgern nur die Vereine ein zivilisiertes Miteinander lehren, fördern und letztlich ermöglichen (Tocqueville 1835: 599).

Knapp hundert Jahre später befasst sich Max Weber in seiner Rede auf dem ersten Deutschen Soziologentag im Jahr 1910 mit der Bedeutung des Vereinswesens und dem daraus resultierenden Forschungsbedarf (Weber 1924). Weber ordnet die Vereine als gesellschaftliche Zwischenschicht zwischen der Familie einerseits und den „politisch organisierten Gewalten – Staat, Gemeinde und offizielle Kirche –“ andererseits ein. Im Gegensatz zu Tocqueville besteht die Bedeutung der Vereine für Weber nicht im Gegengewicht, das die Vereine untereinander und gegenüber der Regierung darstellen, sondern in ihrer Funktion als den Status quo erhaltendes, gesellschaftliches Strukturprinzip, in das sich die Bürger einfügen müssen, um gesellschaftlich bedeutende Positionen zu erreichen: „Die Demokratie in Amerika ist kein Sandhaufen, sondern ein Gewirr exklusiver Sekten, Vereine und Klubs“ (Weber 1924: 443, Zimmer 2007: 70 f.). Entlang dieser Argumentationslinie betrachtet Weber die Vereine nicht generell als Lernorte demokratischer Bildung und Partizipation: Wenn Vereine vornehmlich den gesellschaftlichen und politischen Status quo stützen, werden die Vereinsmitglieder nicht zwangsläufig zu aktiven Bürgern sozialisiert, sondern können auch zu einem „guten Staatsbürger [...], im passiven Sinn des Wortes“, also zu guten Untertanen erzogen werden (Weber 1924: 445).

Gleichwohl konstatiert Weber, dass über die Vereine in Deutschland bislang nur wenig bekannt sei und formuliert deshalb relevante Fragestellungen bezüglich der deutschen Vereinskultur. Ein integraler Bestandteil des Forschungsprogramms, das Weber als Aufgabe der deutschen „Gesellschaft für Soziologie“ entwirft, ist für ihn deshalb die Frage, wie das Vereinsleben in Deutschland ausgeprägt ist, auch im

Vergleich mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Zimmer 2007: 70 f.). Als fundamentale Aufgabe der Gesellschaft für Soziologie sieht Weber

„eine Soziologie des Vereinswesens im weitesten Sinne des Wortes, vom Kegelklub – sagen wir es ganz drastisch! – angefangen bis zur politischen Partei und zur religiösen oder künstlerischen oder literarischen Sekte.“

Max Weber (1924: 442 f.)

Dabei wirft Weber im Besonderen zwei Fragestellungen auf, die auch Tocqueville (1835: 596) schon als prägende Elemente des Vereinslebens beschreibt, nämlich die Wirkung der Vereine auf ihre Mitglieder und deren Persönlichkeit einerseits und auf das Umfeld, die „objektiven, überindividuellen Kulturgüter“ andererseits (Weber 1924: 447). Zusätzlich müssten auch die Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Vereine untersucht werden, besonders mit Blick auf die Auswahl und die Persönlichkeit der Vereinsleitung. Sein Forschungsprogramm sei nur mit „viel Geld und viel Arbeitskraft“ zu bewerkstelligen, doch könnten besonders die Mitgliederstrukturen der Vereine nur auf Grundlage von „großem und umfassenden Material“ analysiert werden (Weber 1924: 447).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Tocqueville die Vereine als Schulen der Demokratie und zivilgesellschaftliches Bollwerk gegen die Tyrannei der Mehrheit beschreibt. Seine Erkenntnis, dass das Engagement in Vereinen mit einer höheren Gemeinwohlorientierung der Bürger und damit deren Ressourcen wie auch Motivation zur politischen Partizipation einhergeht, findet sich 150 Jahre später in wichtigen wissenschaftlichen Beiträgen zur politischen Kultur wieder (Verba 1961, Almond und Verba 1963). Auf die Sozialkapitalforschung hat Tocquevilles Werk einen so großen Einfluss, dass Putnam ihn zum „Schutzheligen zeitgenössischer Sozialkapitalforscher“ erklärt (Putnam 2000: 292). Max Weber greift die Bedeutung der Vereine für die amerikanische Gesellschaft auf, beurteilt deren demokratiefördernde Kapazität aber skeptischer als Tocqueville. Sein großer Beitrag zur Vereinsforschung besteht darin, diese prominent auf der sozialwissenschaftlichen Agenda zu platzieren und relevante Forschungsfragen zu benennen.

2.2 Verbändeforschung: Korporatismus versus Pluralismus

Verbände sind aus juristischer Perspektive kaum von Vereinen abzugrenzen. Hinsichtlich des Sprachgebrauchs lässt sich allerdings feststellen, dass der Begriff „Verein“ in der Regel eine lokale Freiwilligenorganisation bezeichnet, während es sich bei einem „Verband“ prinzipiell um eine größere Organisation handelt, die auf nationaler, oft internationaler Ebene tätig ist und deren Mitglieder selbst wieder Organisationen sind (Zimmer und Speth 2009: 268). Die vorliegende Dissertation befasst sich mit Vereinen im Sinne lokaler Freiwilligenorganisationen. Gleichwohl ist die Diskussion um das Verhältnis zwischen Verbänden und dem Staat bedeutsam, um

die Blickwinkel zu verstehen, aus denen die Sozialwissenschaft im Laufe der vergangenen Jahrzehnte das Themengebiet freiwilliger Vereinigungen untersucht hat. Deshalb werden im Folgenden die wichtigsten theoretischen Ansätze der Verbändeforschung zwischen Pluralismus und Korporatismus vorgestellt. Eine kurze, prägnante Zusammenfassung dieser beiden Hauptströmungen der Verbändeforschung findet sich bei Armingeon (2003: 466 ff.). Zimmer und Speth (2009: 272 ff.) dagegen bieten einen ausführlicheren Überblick.

Wie bereits in der Einleitung dieses Kapitels erwähnt wurde, rühren die Verbändetheorien des Pluralismus und Korporatismus von einem unterschiedlichen Verständnis des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat im angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Kulturraum her: Die weltanschauliche Konzeption Kontinentaleuropas weist dem Staat eine „Sonderstellung“ im Kontext von Entscheidungsfindung und Politikimplementation“ zu und analysiert Verbände und Interessengruppen vor dem Hintergrund ihrer Kooperation mit staatlichen Stellen. Die angelsächsische Denktradition dagegen billigt den Freiwilligenorganisationen eine Eigenexistenz zu, die unabhängig vom Staat ist und eine Kontrollfunktion gegenüber dessen Machtansprüchen ausübt (Zimmer und Speth 2009: 274).

Die Grundidee der Gruppentheorie der Politik wurde schon von Tocqueville (1835) vorgebracht, der in der Vielzahl organisierter und sich gegenseitig ausgleichender Interessen einen Grundpfeiler der amerikanischen Demokratie sah. Dementsprechend lautet das Hauptargument der Gruppentheorie der Politik, dass die Bürger sich zu Gruppen zusammenschließen, um Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung auszuüben. Wenn die Betroffenheit durch eine bestimmte Politik groß genug ist, wird sich automatisch eine Interessengruppe zusammenschließen, um Einfluss in dem entsprechenden Politikfeld zu gewinnen. Die wichtigsten Vertreter der Pluralismustheorie sind Arthur Bentley (1908) und David Truman (1951). Nach Truman (1951) geht die pluralistische Gruppentheorie davon aus, dass prinzipiell jedes Interesse auch organisierbar ist und es somit zu einem Ausgleich zwischen dem Einfluss der verschiedenen Interessengruppen kommt. Dieser Interessensausgleich wird dadurch verstärkt, dass viele Bürger Mitglied mehrerer Interessengruppen sind und das Verbandssystem somit durch „überlappende Mitgliedschaften“ geprägt ist, die zur Mäßigung ihrer Forderungen beitragen (Armingeon 2003: 466).

An der Gruppentheorie wird besonders die Annahme kritisiert, dass jedes gesellschaftliche Interesse sich organisieren könne. Auf Grundlage des Rational Choice-Ansatzes argumentiert Mancur Olson (1965: 165 ff.), dass es „vergessene Gruppen“ gebe, deren Mitglieder aufgrund der Gruppengröße und eines fehlendes „Sonderinteresses“ keinen Anreiz hätten, sich zu organisieren. Als Beispiele führt Olson landwirtschaftliche Wanderarbeiter oder Konsumenten an. Auch Offe und Wiesen-
thal (1980) argumentieren, dass unterschiedliche Gruppen nicht durch eine, sondern verschiedene Logiken kollektiver Handlung geprägt seien und deren Interessen somit nicht gleichberechtigt vorgebracht werden könnten. Die Autoren belegen ihre Kritik am Pluralismus mit den unterschiedlichen Logiken kollektiven Handelns bei Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Ein weiterer Kritikpunkt an der Gruppentheorie der Politik bezieht sich auf die Tatsache, dass Verbände nicht nur mit ihren Interessen an den Staat herantreten, sondern von diesem auch für die Umsetzung seiner Politik instrumentalisiert werden (Armingeon 2003: 468). Das Verhältnis zwischen Interessengruppen und Staat basiert demnach auf einer Tauschlogik: Die Verbände können ihre Interessen in den politischen Prozess einbringen, der Staat greift im Gegenzug auf die politikfeldspezifischen Informationen der Verbände sowie deren Ressourcen bei der Implementation der Politik zurück. Dieser Ansatz, der die freiwillige Kooperation zwischen (Dach-)Verbänden und dem Staat hervorhebt, wird als Korporatismus oder auch Neo-Korporatismus bezeichnet.²

Formuliert wurde der Ansatz des Neo-Korporatismus von Philippe Schmitter und Gerhard Lehmbruch (Schmitter und Lehmbruch 1979, Schmitter 1974, 1977, Lehmbruch 1996a, Lehmbruch und Schmitter 1982, Lehmbruch 1996b). Das Hauptaugenmerk dieses Ansatzes liegt auf der Kooperation von Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bei der Aushandlung der Arbeitslöhne. Motivation für diese Art der Einbindung der Verbände in staatliche Entscheidungsprozesse und die Koordination der Verhandlungen zwischen den Verbänden durch den Staat war der besonders in den 1970er Jahren verbreitete Versuch, Arbeitslosigkeit und Inflation durch keynesianische Wirtschaftssteuerung zu bekämpfen (Armingeon 2003: 468, siehe hierzu auch die Analyse von Fritz Scharpf 1987).

Aus demokratietheoretischer Sicht wird der Neo-Korporatismus kritisiert, weil sich die Kooperation und Koordination zwischen Staat und Verbänden nur auf große Interessengruppen wie beispielsweise gewerkschaftliche Dachverbände bezieht. Kleine und neue Interessengruppen sind in diesem Arrangement nicht vorgesehen, was zu einem Ausschluss zahlreicher Interessen führt. Abgesehen davon müssen die beteiligten Verbände eine starke Mitgliederbindung haben, um ihre Legitimation als Interessenvertreter nicht zu verlieren. Dies fällt ihnen umso schwerer, je stärker sie in ihrem Politikfeld staatliche Politiken und Zielvorstellungen umsetzen müssen, die nicht zwangsläufig den Interessen der Mitglieder entsprechen (Zimmer und Speth 2009: 283 f.).

Mit Blick auf das politische System der Schweiz stellt sich die Frage, ob das Verhältnis zwischen Verbänden und Staat eher einem korporatistischen oder pluralistischen Modell entspricht. In Anbetracht der Tatsache, dass die Schweiz als Musterbeispiel der Konkordanzdemokratie gilt, liegt der Schluss nahe, in der Schweiz herrsche eine korporatistische Kooperation zwischen Staat und Verbänden vor (Lehmbruch 1996b). Gleichwohl lässt sich auch der gegenteilige Schluss begründen, dass nämlich das Schweizer System durch einen Gruppenpluralismus geprägt ist. Linder (2005: 123) nennt drei Kennzeichen des schweizerischen Entscheidungssystems, die auf das Zutreffen des Pluralismusmodells hinweisen: Das schweizerische System sei gekennzeichnet „von einem generalisierten Einfluss verschiedenster Grup-

² Zimmer und Speth (2009: 280) weisen darauf hin, dass die klassische Form des Korporatismus ursprünglich „ständestaatlich, autoritär oder faschistisch geprägt“ war und weniger auf eine Interessenvermittlung zwischen Bürger und Staat als vielmehr auf ein gemeinschaftsorientiertes Staatsverständnis abzielte (siehe hierzu auch die Autorenübersicht bei Schmitter (1974: 87)). Deshalb ist zur Bezeichnung des hier diskutierten Ansatzes der Begriff *Neo-Korporatismus* passender.

pierungen in allen Politikbereichen, von einem fragmentierten und wenig zentralisierten Gruppeneinfluss, und mindestens teilweise von stark wechselnden Koalitionen oder Konkurrenzsituationen“. Dies spricht dafür, dass nicht nur die Schweizer Vereinslandschaften heterogen und vielfältig sind, sondern auch die großen Verbände der Schweiz keine monolithischen Blöcke bilden.

Aktuell lässt sich kein neuer dominierender theoretischer Ansatz in der Verbändeforschung festmachen (Zimmer und Speth 2009: 284). Obwohl die keynesianische Wirtschaftssteuerung in den achtziger Jahren an Popularität eingebüßt hat, gibt es auch weiterhin korporatistische Zusammenarbeit zwischen Verbänden und dem Staat (Armingeon 2003: 469 ff.). Pluralistische Ansätze wurden keineswegs durch den Korporatismus ersetzt, sondern haben in Form der Sozialkapitalforschung der vergangenen 20 Jahre und deren Rückgriff auf Tocquevilles Analysen den Blick von den großen Verbänden auf die Vereine und deren Mitglieder gelenkt. Da auch die vorliegende Dissertation diesen Blickwinkel einnimmt und lokale Vereine ins Zentrum der Analyse rückt, wird im Folgenden die Sozialkapitalschule vorgestellt und der Forschungsstand hinsichtlich der Wirkungen von Vereinen auf die politische Beteiligung, das soziale Vertrauen und die Toleranz präsentiert.

2.3 Vereine als soziales Kapital

Die Grundidee des Sozialkapitalkonzepts besteht darin, dass sozialen Beziehungen ein Wert zukommt, der Wirkungen sowohl auf Individuen wie auch auf die Gesellschaft als Ganzes hat (Putnam und Goss 2001: 20). Seit die Sozialkapitalforschung in Folge von Putnams Werk über die Entwicklung der italienischen Regionen (Putnam et al. 1993) rasant zugenommen hat, sind auch Vereine als formelle soziale Netzwerke verstärkt in den Fokus sozialwissenschaftlicher Aufmerksamkeit gerückt. Auch wenn Tocqueville (1835) bereits auf die Bedeutung des Vereinswesens für das Zusammenleben der Menschen hingewiesen hatte, taucht der Begriff „Sozialkapital“ erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum ersten Mal auf (Putnam 2000: 19). Lyda J. Hanifan, Schulaufseher in dem ländlichen US-Bundesstaat West-Virginia, argumentiert in seinem Aufsatz „The Rural School Community Center“, dass Menschen neben physischem auch auf *soziales Kapital* angewiesen sind. Unter Sozialkapital versteht Hanifan den Teil des Lebens, „...which tends to make these tangible substances count for most in the daily lives of a people, namely, goodwill, fellowship, mutual sympathy and social intercourse among a group of individuals and families who make up a social unit [...]“ (Hanifan 1916: 130).

Wie auch schon Tocqueville (1835: 596) weist Hanifan darauf hin, dass der Mensch als Individuum hilflos ist und deshalb Sozialkapital zum Beispiel durch Kontakte zu seinen Nachbarn akkumulieren muss. Hanifan macht außerdem deutlich, dass die Kooperation mit anderen nicht nur für das Individuum, sondern auch für die Gemeinschaft als Ganzes von Nutzen ist (Hanifan 1916: 131). Damit wird Sozialkapital seit seiner Geburtsstunde sowohl als individuelles wie auch als ge-

sellschaftliches Phänomen konzeptualisiert. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wird der Begriff *Sozialkapital* unabhängig von mehreren Sozialwissenschaftlern verwendet. In den 1980er Jahren befassen sich sowohl Pierre Bourdieu (1983) als auch James Coleman (1988, 1991) in ihren Arbeiten mit dem Thema Sozialkapital. Beide Autoren betonen in ihren Werken den gesellschaftlichen Aspekt sozialen Kapitals, der über das Individuum hinausgeht. Bourdieu argumentiert, dass es sich bei Sozialkapital um Ressourcen handelt, „die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (Bourdieu 1983: 190). Noch deutlicher formuliert dies Coleman, der Sozialkapital gar nicht als individuelle Ressource, sondern als „den Beziehungsstrukturen zwischen zwei und mehr Personen innewohnend“ definiert (Coleman 1991: 392). Allerdings weist Coleman darauf hin, dass neben sozialen Netzwerken auch gesellschaftliche Normen Bestandteil von Sozialkapital sind (Coleman 1988: S104).

Ein Meilenstein in der Sozialkapitalforschung stellt das 1993 von Robert Putnam und anderen publizierte Buch „*Making Democracy Work*“ dar, in dem die Autoren den Wohlstand und die institutionelle Leistungsfähigkeit italienischer Regionen auf historisch tradierte, unterschiedliche Entwicklungen des sozialen Kapitals in diesen Regionen zurückführen können. Auch Putnam et al. unterscheiden wie Coleman (1988) zwischen strukturellen und kulturellen Aspekten sozialen Kapitals, das sie definieren als „features of social organisation, such as trust, norms, and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions“ (Putnam et al. 1993: 167).

In seinem Buch über den Rückgang des Sozialkapitals in Amerika konkretisiert Putnam seine Definition und fasst unter Sozialkapital *Netzwerke sowie das daraus entstehende zwischenmenschliche Vertrauen und Reziprozitätsnormen* zusammen (Putnam 2000: 19). Er betont, dass soziales Kapital dabei sowohl als privates wie auch als öffentliches Gut Wirkungen entfaltet, da Sozialkapital neben dem individuellen Nutzen auch externe Effekte auf die Gesellschaft insgesamt hat. Als Beispiel führt der Autor eine gut vernetzte Nachbarschaft an, von deren gegenseitiger Unterstützung und Achtsamkeit und der damit einhergehenden geringeren Kriminalität auch ein Bewohner dieser Nachbarschaft profitiert, der nicht Teil des nachbarschaftlichen Netzwerks ist (Putnam 2000: 20). Deshalb kommt sozialem Kapital eine „doppelte Doppelfunktion“ zu, da es einerseits sowohl strukturelle als auch kulturelle Aspekte umfasst und andererseits sowohl eine individuelle Ressource wie auch ein Kollektivgut darstellt (Gabriel et al. 2002: 29, siehe auch die Tabelle in van Deth 2008: 160).

Die konkreten Mechanismen, über die Sozialkapital Wirkungen auf das Individuum und die Gesellschaft erzeugt, hängen von der untersuchten Fragestellung ab. Gleichwohl lassen sich grundlegende Prinzipien und Wirkungskanäle zusammenfassen, über die soziales Kapital Einfluss nimmt (Putnam 2000: 288 f.):

- Alle mit Sozialkapital verbunden Aspekte vereinfachen die Kooperation zwischen Menschen und tragen dazu bei, Probleme kollektiven Handelns zu lösen. Soziale Netzwerke, Vertrauen und Reziprozitätsnormen sind demnach Mechanismen, um sozial erwünschtes Verhalten zu generieren. Ein Beispiel ist der positive Effekt sozialer Netzwerke auf demokratierelevante Einstellungen und

politische Partizipation (siehe zum Beispiel Verba et al. 1995, Almond und Verba 1963, Teorell 2003).

- Zwischenmenschliches Vertrauen sowie eng geknüpfte soziale Netzwerke sind dazu geeignet, Transaktionskosten zu senken. Die Einbindung besonders in institutionalisierte soziale Netzwerke wie Vereine gewährleistet, dass die Menschen spieltheoretisch betrachtet aufgrund wiederholter Interaktion geringe Anreize zur Defektion haben. Je niedriger das Risiko ist, dass ein Vertragspartner seine Vereinbarung bricht, desto geringer sind die Transaktionskosten. Damit bildet soziales Vertrauen einen Grundpfeiler wirtschaftlicher Prosperität (Whitley 2000, Knack und Keefer 1997, Fukuyama 1995, Stadelmann-Steffen und Freitag 2007, Beugelsdijk et al. 2004, Zak und Knack 2001).
- Des Weiteren fördert die Einbindung in soziale Netzwerke die Entwicklung für die Gesellschaft vorteilhafter Charaktereigenschaften wie zum Beispiel Toleranz. Im regelmäßigen Umgang mit anderen Menschen werden individuelle Meinungen und Haltungen auf den Prüfstand gestellt und kontrolliert (Putnam 2000: 355).
- Soziale Netzwerke wirken als Schaltstellen für Informationen. Für Individuen ergeben sich so beispielsweise Vorteile bei der Suche nach einer Arbeitsstelle (Freitag 2000, Granovetter 1974, Freitag und Kirchner 2011). Darüber hinaus kann Varshney (2001) im Vergleich indischer Großstädte zeigen, dass interethnische Netzwerke den Ausbruch ethnischer Gewalt dämpfen.
- Schließlich fördern Vertrauen und soziale Integration die Lebenszufriedenheit und Gesundheit (Bjørnskov 2003, Rose 2000, Gilbert et al. 2013, Helliwell und Putnam 2004). Sozialkapital ist dementsprechend eine elementare Grundlage individuellen Wohlbefindens (Putnam 2000: 326 - 335).

Diese Auflistung zeigt, dass Sozialkapital überwiegend mit positiven Wirkungen assoziiert wird. Doch müssen auch mögliche negative Wirkungen sozialen Kapitals in Betracht gezogen werden (Portes 1998: 15). Putnam diskutiert in seinem Buch, inwiefern besonders die Netzwerkkomponente sozialen Kapitals einengend wirkt und Toleranz untergräbt. Sowohl im Vergleich der us-amerikanischen Bundesstaaten wie auch auf individueller Ebene kann er diese Vermutungen empirisch widerlegen. Auch für die These, dass Sozialkapital in Form von Netzwerken und Normen einigen Menschen hilft, aber gleichzeitig andere Menschen ausschließt und deshalb soziale und wirtschaftliche Ungleichheit fördert, findet Putnam keine empirischen Belege (Putnam 2000: 350 - 363).

Gleichwohl haben andere Autoren Umstände und politische Kontexte ausgemacht, in denen Sozialkapital negative Folgen hat. Mit Blick auf die deutsche Weimarer Republik und deren institutionelle Schwäche bestätigt Berman (1997) Max Webers (1924: 445) Vermutung, dass Menschen in Vereinen statt zu mündigen Staatsbürgern auch zu folgsamen Untertanen sozialisiert werden können. Berman zeigt, dass die Menschen sich in den 1920er Jahren aus Enttäuschung über die schwachen politischen Institutionen in Vereine und Klubs zurückgezogen haben. Die Mischung aus einer prosperierenden Zivilgesellschaft und einem schwachen Staat sowie der daraus resultierenden starken Ausprägung gesellschaftlicher Konfliktlinien boten den Nationalsozialisten sowohl ein Einfallstor für ihre „Machter-

Vereine als öffentliches Gut

Die sozio-politischen Wirkungen lokaler Schweizer
Vereinslandschaften

Born, D.

2014, XIV, 267 S. 42 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-06808-0